



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Februar 2005

Über 44 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 101

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

Vizepräsidenten:
Jean-Dominique Cipolla, Notar
Nationalrat Luzi Stamm

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Offene Grenzen – Kriminalität – Arbeitslosigkeit: Wollen wir das?

Jede Unterschrift zählt!

Dank dem Referendum gegen den Schengen-Beitritt kommt die Diskussion in Gang. Während wir der Öffentlichkeit sagen, was Schengen tatsächlich ist und was im Schengener EU-Recht schwarz auf weiss steht, verstricken sich die Befürworter in Widersprüche und werfen mit Millionen um sich, um den Schengen-Beitritt dem Volk schmackhaft zu machen. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse als Hauptakteur bei diesen unehrlichen Machenschaften mobilisiert Duzende von Millionen Franken für die Pro-Kampagne. Schengen hat aber nichts mit Wirtschaftspolitik zu tun. Das lächerliche Tourismus-Argument ist eine Seifenblase. Den Befürwortern geht es darum, der AUNS und der SVP eine Niederlage zu bereiten. Denn mit unserem Kampf für die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie und die Freiheit stehen wir den Anpassern im Weg.

In diesem Grauen Brief (S. 3) zeigen wir auf, dass mit Schengen über kurz oder lang die Schweizer Landesgrenze fallen wird – ganz im Sinne des bundesrätlichen strategischen Ziels «EU-Beitritt». Die Schengen-/EU-Befürworter operieren mit Behauptungen und Unwahrheiten. Das vertrauliche «Schengen/Dublin-Info-Konzept» des Integrationsbüros – der Propagandazentrale von Calmy-Rey und Deiss – wird schrittweise in die Tat umgesetzt (vgl. Grauer Brief 99). Bundesräte erörtern an «Events» stundenlang unwidersprochen ihre EU-Anpasser-Politik, die Economiesuisse und Grossbanken organisieren und sponsern die Spektakel. Anschliessend darf an einem kurzen Podiumsgespräch ein (!) Schengen-Gegner gnädigerweise noch seinen Standpunkt darlegen... Diesem un-demokratischen Treiben haben wir ab sofort den Riegel geschoben. Wir verlangen zahlenmässig ausgewogene Podien!

Der Kampf wird uns aufgezwungen. Der Gegner fährt grobes Geschütz auf. Er scheut auch wahrheitswidrige Aktionen nicht.

Deshalb lautet der Auftrag für uns alle: Wir müssen das Referendum gegen den Schengen-Beitritt und gegen die Ost-Personenfreizügigkeit erfolgreich zustande bringen. Nur so können wir die Geschicke unseres Landes selber bestimmen, damit auch unsere Kinder eine gute Zukunft haben.

Jede einzelne Unterschrift zählt! Wir legen Ihnen nochmals zwei Unterschriftenkarten bei mit der dringenden Bitte, diese auszufüllen und/oder weiterzugeben.

Herzlichen Dank.

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Präsident:

Dr. Pirmin Schwander
Nationalrat

Der Geschäftsführer:

Hans Fehr
Nationalrat

Eine starke AUNS ist nötiger denn je. Wir bitten Sie deshalb, den Mitgliederbeitrag 2005, wenn möglich etwas «aufgerundet», mit dem beigelegten Einzahlungsschein baldmöglichst zu überweisen und danken Ihnen dafür.

Referendum

Bilaterale Nöte mit Schengen

Von Roger Köppel, Chefredaktor der deutschen Tageszeitung «DIE WELT», Berlin

Die Schweiz steht vor zukunftsweisenden Debatten. Es geht um das Verhältnis zur Europäischen Union. Die Bilateralen II werden allseits begrüsst. Die «NZZ» fordert «Bilaterale ohne Eskapaden». Der «TAGES-ANZEIGER» frohlockt. Zu Recht? Nehmen wir «Schengen»: Der Vertrag verlangt von der Schweiz die Aufhebung ihrer Aussengrenzen. Im Gegenzug dürfen Passanten im Landesinnern per Schleierfahndung kontrolliert werden. Das Verfahren, so die Befürworter, steigere die Sicherheit. Wie das? Heute werden am Schweizer Zoll pro Jahr 130 000 Leute entweder abgewiesen oder in polizeiliche Obhut überführt. Nach «Schengen» dürfen sie unbehelligt ein-

reisen. Was hat das «Schengen»-Mitglied Spanien nach den Terroranschlägen vom letzten März getan? Aus Selbstschutz die Grenzen geschlossen. «Schengen» ist kein Sicherheitsabkommen.

Grenzen haben sich über Jahrhunderte als erprobte Instrumente der Personenfiltrierung erwiesen. Nicht perfekt, aber tauglich. Nun will man sie eintauschen gegen die Mitgliedschaft in einer Datenbank.

Als ich bei einem Nachtessen einen hochrangigen britischen Scotland-Yard-Beamten fragte, was er von «Schengen» unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten halte, kam die Antwort: «Madness», Wahnsinn. Scotland Yard ist keine Filiale der Zürcher SVP. Die Schweiz gibt ihre Grenzen auf. Warum eigentlich?

Zum Ausgleich dürfen wir einer grenzübergreifenden Kriminaldatenbank beitreten, einem Fi-

chensystem, das von Brüssel aus gesteuert wird. Die Schweiz ist befugt mitzureden, mitbestimmen darf sie nicht.

Während der Berner Fichensaat in einem Kraftakt der Selbstreinigung unter Fanfaren zerlegt wurde, applaudiert man heute einem transeuropäischen Überwachungsapparat. «Schengen»-Befürworter erachten das als Fortschritt. Man kann es bejahen, man kann es gut finden. Trotzdem gilt: «Schengen» ist von der EU nicht aus sicherheitspolitischen Gründen lanciert worden. «Schengen» ist eine flankierende Massnahme der europäischen Bundesstaatsvision, die Tschechiens Präsident Vaclav Klaus, ein klassischer Liberaler, als «Grundlagenirrtum» bezeichnet. Der Bundesrat will diesem Irrtum hinterherhasten. Warum?

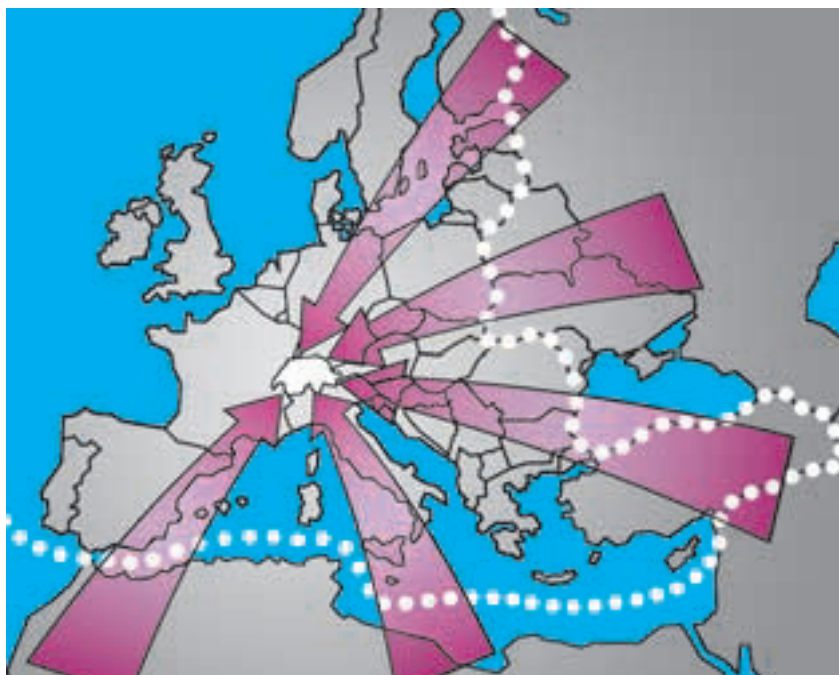
[Schweizerische HANDELSZEITUNG, 12.02.2005]

«Grenzen sind entscheidend für die Entfaltung der Freiheit.»

(Professor Gerd Habermann, Berlin, Direktor des Unternehmerinstituts der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, anlässlich der Bad Horn-Tagung vom 21.1.2005)

«Eure Grenze ist sehr nahe. Unsere befindet sich in Gibraltar!»

Beim diesjährigen Dolder-Meeting des TAGES-ANZEIGERS, das wegen Renovationsarbeiten am 17. Januar im Zürcher «Schiffsbau» stattfand, war Stefan Aust als Referent geladen, seines Zeichens Chefredakteur des deutschen Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL. Auf die hoffnungsfroh-aufmunternde Aussage von TA-Chefredaktor Hartmeier, dass sich die Deutschen als Mitglied von Schengen und der EU wohl sicherer fühlten als die Schweizer, winkte Aust energisch ab: **«Selbstverständlich fühlt Ihr Schweizer Euch sicherer, denn Eure Grenze ist sehr nahe und diejenige der Deutschen befindet sich in Gibraltar!»**



Die Wahrheit über Schengen

Die Lüge:

«Schengen bringt mehr Sicherheit. An der Grenze ändert sich praktisch nichts.»

Die Wahrheit:

Die Übereinkommen von 1985 und 1990 im luxemburgischen Weinbauerndorf Schengen wurden von der EU nicht für mehr Sicherheit geschlossen, sondern mit dem Ziel, ein grenzenloses Europa zu schaffen. In der Präambel (Vorwort) der Übereinkommen steht von Sicherheit kein Wort. Aber es wird klipp und klar gesagt:

«dass die immer engere Union zwischen den Völkern der (...) Europäischen Gemeinschaft ihren Ausdruck **im freien Überschreiten der Binnengrenzen** durch alle Angehörigen der Mitgliedstaaten und im freien Waren- und Dienstleistungsverkehr finden muss.»

Folgerichtig lautet die Hauptforderung im Schengenrecht:

«Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden.»

(Schengener Durchführungsübereinkommen SDÜ Art. 2 Abs. 1)

Damit diese Forderung umgesetzt wird, schreibt das Schengenrecht vor,

«dass zur Vollendung des Kontrollwegfalls an der Grenze insbesondere folgende Massnahmen durchgeführt werden müssen:

Freigabe gesperrter Fahrbahnen und -spuren; Entfernung von Kontrollkabinen auf Mittelstreifen; Demontage von Fahrbahnüberdachungen; Aufhebung von Geschwindigkeitsbeschränkungen.»

(Beschluss Exekutivausschuss vom 26.4.1994).

«Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen vorzunehmen. Mit der Befreiung von Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung, aufgrund des Überschreitens der Binnengrenzen ein gültiges Grenzübertritts-Dokument vorzuweisen oder vorzulegen.»

(Beschluss Exekutivausschuss vom 26.4.1994)

Diese Schengener Forderungen werden im Schengener Assoziationsvertrag zwischen der EU und der Schweiz (Botschaft S. 6449) ausdrücklich erwähnt (Anhang A und B, Botschaft S. 6458).

Es gibt hier also keine Ausnahmenregelungen. Die EU wird dafür sorgen, dass die Schweiz den Kerngedanken von Schengen vollzieht ...

Die Schengen-Befürworter versuchen mit dem Argument «Die Warenkontrolle bleibt» zu beruhigen. Da die Schweiz (noch) keine Zollunion mit der EU hat, werden Warenkontrollen nach wie vor durchgeführt. An sich logisch. Aber erstens will der Bundesrat in die EU, dann fällt auch die Warenkontrolle weg. Und zweitens dürfen Personen nur im Zusammenhang mit Warenkontrollen punktuell über-

prüft werden. Es muss ein konkreter Verdacht im Zusammenhang mit Waren vorliegen (Nicht- oder Falschdeklaration). Diese Neuerung bestätigt auch Oberzolldirektor Dietrich: «Wir dürfen keine Personen mehr kontrollieren, nur weil sie die Grenze überschreiten».

[Berner Zeitung, 5.2.2005]

Die Folge wird eine massive Erschwernis der Arbeit unserer Grenzwachter sein. Der GWK-Kommandant in der Suisse romande, Jacques Strahm, stellt dazu fest: «Die Verunsicherung bei meinen Leuten ist sehr gross.»

[FACTS, 27.01.2005]

Zudem werden die Personenkontrollen über kurz oder lang drastisch abgebaut. Die Behauptung, es ändere sich an der Grenze «praktisch nichts», ist eine Propagandalüge. Wenn diese Behauptung stimmen würde, dürfen wir gar kein Abkommen schliessen, weil es Schengen widerspricht!

800 000 Illegale in Italien warten ...

In Wien hat unlängst ein österreichischer Parlamentarier namens Günther Platter vom Innenminister «konkrete Massnahmen zur Minimierung der illegalen Grenzübertritte an der österreichisch-italienischen Grenze» gefordert. Der angesprochene Minister bestätigte die **«Notwendigkeit einer Verstärkung der Personenkontrolle»** zwischen den beiden Schengen-Staaten. Offiziellen Schätzungen zu Folge halten sich in Italien mehr als 800 000 illegale Einwanderer auf.

Folge davon ist, dass die Behörden unseres östlichen Nachbarlandes zahlreiche Schlepper und illegale Einwanderer verhaften bzw. zurückschieben mussten. «Für die Erhaltung des Sicherheitsstandards in Österreich, vor allem in dem am meisten betroffenen Bundesland Tirol» – so meinte der Abgeordnete Platter – «ist es an der Zeit, die Situation ernst zu nehmen.»
Nationalrat Christoph Mörgeli



Agenda

Datum/Zeit	Ort	Thema/Referenten	Veranstalter
Dienstag, 22. Februar 2005, 19.30 Uhr	Luzern, Hotel Schweizerhof, Zeugheer-Saal	«Kosten und Nutzen der Bilateralen Verträge», Referat von Bundesrat Joseph Deiss Podiumsdiskussion: Pro: René Buholzer, Leiter Public Affairs, Credit Suisse Group; Georges Theiler, Nationalrat FDP Contra: Felix Müri, Nationalrat SVP; Pirmin Schwander, Nationalrat SVP/Präsident AUNS	Organisator: Luzerner Info-Gruppe «Bewährte Bilaterale» Die Veranstaltung ist öffentlich
Donnerstag, 24. Februar 2005, 20.00 Uhr	Schwyz, Mythen-Forum	Öffentliches Podiumsgespräch zum Thema «Beitritt zum Schengen-Dublin-Abkommen» Pro: Ständeratspräsident Bruno Frick, CVP. Contra: Nationalrat Pirmin Schwander, SVP, Präsident AUNS	SVP Gemeinde Schwyz
Montag, 7. März 2005, 20.00 Uhr	Restaurant Alpenhof, 6403 Küsnacht am Rigi	Öffentlicher Vortrag zum Thema «Schengen/Personenfreizügigkeit: Fluch oder Segen für die Schweiz?» mit Diskussion von NR Hans Fehr	Generalversammlung der SVP Bezirk Küsnacht
Dienstag, 15. März 2005, 18.00 Uhr	Uni Irchel Zürich, Grosser Hörsaal, Hochschule, Winterthurerstrasse 190, 8057 Zürich	Öffentliches Podiumsgespräch zum Thema «Schengen und die Schweiz», u.a. mit den NR Hans Fehr und Christoph Mörgeli	Uni Zürich
Montag, 21. März 2005, 20.00 Uhr	7500 St. Moritz (genaue Adresse folgt)	Podiumsgespräch zu «Schengen/Personenfreizügigkeit und die Schweiz» mit den NR Hans Fehr und Hans Kaufmann sowie SR Theo Maissen (CVP/GR) und Grossrat Rolf Hanimann (FDP/GR)	
Samstag, 30. April 2005, 10.30 Uhr	Bern, Hotel National	20. ordentliche Mitgliederversammlung der AUNS (Einladungsunterlagen folgen mit dem Grauen Brief Nr. 102)	

Diesem Versand liegt der Anmelde-Talon für Leserbrief-Kurse bei. An den kostenlosen Veranstaltungen sind alle AUNS-Mitglieder herzlich eingeladen.

Aktuelles und Termine finden Sie auch auf www.auns.ch. oder auf www.schengen-nein.ch

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Ich trete der AUNS bei als Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.
Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5